



STELLUNGNAHME DES BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN KALKINDUSTRIE e. V.

Zur nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) der Bundesregierung

Berlin, 09. Juli 2024

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. (BVK) begrüßt den Entwurf der Bundesregierung zu einer nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie, da diese wesentliche Maßnahmen umfasst, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Nicht zuletzt aufgrund der Transformation wird der Rohstoffbedarf noch einmal erheblich steigen. Die NKWS baut auf dieser Einschätzung auf und setzt wichtige Impulse. Für den BVK ist dabei klar: Die Kalkindustrie ist Teil der Lösung.

An einigen Stellen sollte die NKWS allerdings nachjustiert werden. Folgende Punkte sollten aus Sicht der deutschen Kalkindustrie berücksichtigt werden:

- Differenzierte Betrachtung von Rohstoffen und deren Förderung
- Anerkennung der Karbonatisierung
- Praxisgerechte Etablierung von Umweltmanagementsystemen
- Streichung von IED und BVT aus der NKWS

Im Folgenden werden die Punkte konkret erläutert:

1. Differenzierte Betrachtung von Rohstoffen (S. 19)

Zweifelsohne entsteht durch die Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen CO₂. Der vorliegende Entwurf spricht in diesem Zusammenhang von der dreifachen Umweltkrise: 55 % der globalen Treibhausgasemissionen, rund 40 % der Luftverschmutzung und mehr als 90 % des Biodiversitätsverlustes sind nach Angabe der NKWS auf die Gewinnung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen zurückzuführen. Derlei pauschale und undifferenzierte Aussagen, führen zu einer Stigmatisierung der Rohstoffindustrie, der BVK lehnt diese daher ab.

Der Rohstoff Kalk weist vielmehr die Besonderheit auf, nach seinem Veredlungsprozess zu Branntkalk in seinen Anwendungen und in seinem Lebenszyklus zunächst entstandenes CO₂ wieder aus der Atmosphäre aufzunehmen und permanent zu binden. Dies erfolgt durch den natürlich stattfindenden Prozess der Karbonatisierung. Bereits im ersten Jahr der Anwendungsphase werden dabei ca. 22% der ursprünglichen CO₂-Emissionen dauerhaft wieder eingebunden.

Der bekannteste Karbonatisierungsprozess ist hierbei die Mineralisierung. Diese geschieht beispielsweise, wenn Baustoffe wie Mörtel oder Kalksandsteine während ihres Lebenszyklus über die Oberfläche wieder CO₂ aus der Atmosphäre aufnehmen. Somit ist die

Mineralisierung als natürliche CO₂-Senke beziehungsweise Carbon Direct Removal (CDR) Methode zu verstehen.

Ein weiterer Baustein, um die Klimaziele zu erreichen, ist die Ozean-Alkalinisierung. Um CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen und im Ozean zu speichern wird der ph-Wert des Meerwassers durch die gezielte Einbringung von Mineralen in fester oder gelöster Form geändert. Der daraus resultierende Anstieg der Alkalinität im Meerwasser führt zu einer erhöhten CO₂ Aufnahmekapazität

Der Ozean gewinnt Alkalinität auf natürliche Weise durch Verwitterungsprozesse von Mineralen. Ozean-Alkalinisierung kann als Beschleunigung dieses natürlichen Prozesses aufgefasst werden und ist eine vielversprechende CDR-Methode, um große Mengen anthropogenes CO₂ dauerhaft aus der Atmosphäre zu entfernen.

Mineralische Rohstoffe wie Kalk eignen sich, um Restemissionen zu beseitigen, deren Förderung sollte daher in der NKWS differenzierter Berücksichtigung finden. Die Karbonatisierung und Alkalinisierung als CO₂-Senke und Mechanismus zur CO₂-Entnahme ist für eine faire Transformation in Richtung Klimaneutralität in Deutschland unerlässlich und muss entsprechend anerkannt werden.

2. Beitrag der Rohstoffindustrie zur Artenvielfalt (S. 19)

Die NKWS weist auf den großen Einfluss hin, den die rohstofffördernde Industrie auf Umwelt und Natur hat. Die NKWS bezieht sich insbesondere auf Zahlen der UNO, die schätzt, dass die *Gewinnung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen mehr als 90 % des Biodiversitätsverlustes verursacht*. Auch hier muss eine differenzierte Betrachtung erfolgen, welche die hohen Standards in Deutschland und vielfältigen Unternehmensinitiativen angemessen berücksichtigt.

Anders als beschrieben, trägt die deutsche Kalkindustrie in ihren Steinbrüchen wesentlich zur Artenvielfalt bei. Flankierend werden Umweltbeeinträchtigungen infolge des Abbaus so gering wie möglich gehalten und mögliche Beeinträchtigungen kompensiert. In der Konsequenz entstehen für Natur und Landschaft sogar wertvollere renaturierte Flächen mit größerer Artenvielfalt als vor dem Abbau.¹ Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hebt in einem Aufsatz zur Biodiversität und nachhaltigem Management von Steinbrüchen hervor, dass der Beitrag von Steinbrüchen zur Artenvielfalt bereits während des laufenden Abbaubetriebes erfolgt.

Die Kalkindustrie wendet dafür beträchtliche Mittel auf - bis zu einem Viertel der Gesamtkosten für den Aufschluss und den Betrieb der Abbaustätte. Die deutsche Kalkindustrie trägt wesentlich zu Artenschutz und -vielfalt bei, dies gilt es auch in der NKWS stärker zu berücksichtigen. Pauschale Aussagen über den negativen Einfluss der rohstofffördernden Industrie lehnt der BVK ab.

3. Zirkularität in Unternehmensstrategien (S. 63-64).

Zirkularität und Kreislaufwirtschaft sollen stärker in den Unternehmensstrategie berücksichtigt werden. Die NKWS sieht die Etablierung und Erweiterung von Umweltmanagementsystemen (UMS) als geeigneten Hebel, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei wird bereits heute der Lebenszyklus von Produkten bei UMS wie beispielsweise dem ISO 14001 berücksichtigt und ist Bestandteil der Zertifizierung. Da von ca. 9.000 IED-Anlagen in Deutschland nur etwa die Hälfte über ein UMS verfügen, und angesichts der geringen Verfügbarkeit von

¹ Vgl. NABU Beitrag In der Grube tobt das Leben

Auditoren, bedarf es einer entsprechenden Frist zur Einführung von UMS in den Unternehmen.

Einführung und Zertifizierung von Managementsystemen bedeuten eine erhebliche Zunahme an Kosten und bürokratischem Aufwand für die deutsche Kalkindustrie. Letztlich muss es aber das Ziel sein, Bürokratie abzubauen. Daher gilt es doppelte Berichtspflichten (z.B. in der CSRD) zu identifizieren und zu vermeiden.

4. Effizienzstandards zur Erschließung von Potentialen aus (Kreislauf-)Materialien (S. 61/64).

Die NKWS nennt die Überarbeitung der EU-Regulierungen zu den Besten-Verfügbaren-Techniken (BVT) und der Industrial-Emissions-Directive (IED), und deren Umsetzung als geeignetes Instrument, um zirkuläres Wirtschaften in den Betreiberpflichten sowie der Anlagengenehmigung zu verankern. Aus Sicht des BVK sind die BVT-Merkblätter ganz allgemein nicht das richtige Mittel, um zirkuläres Wirtschaften zu fördern.

Begründet liegt dies im BVT-Prozess selbst, der vorgibt, wie Anlagen- und Produktionsprozesse zu genehmigen und betreiben sind. Da der BVT-Prozess ganze Branchen umfasst, bildden die BVT alle Produkte einer Branche ab (z.B. Pressepapier, Verpackungspapier oder Hygienepapier), welche allerdings unterschiedlichste Materialeigenschaften aufweisen müssen. Diese Materialeigenschaften (z.B. wasserlöslich und wasserfest) stehen teilweise in Konkurrenz zu einem Recyclingansatz.

Durch Berücksichtigung von Produktbeschaffenheit und zirkulärem Wirtschaften im BVT-Prozess würde dieser nicht nur erheblich komplizierter, im Ergebnis könnten auch nur noch diejenigen Anlagen genehmigt und betrieben werden, die zirkuläre Produkte herstellen. Eine Verknüpfung mit BVT und IED sollte daher in der NKWS keine Berücksichtigung finden.

Wir bitten freundlich um Berücksichtigung unserer Vorschläge und Anmerkungen, für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Über die Kalkindustrie

Die Kalkindustrie liefert den unverzichtbaren und vielseitigen Rohstoff Kalk, der am Anfang vieler Wertschöpfungsketten steht. Kalk wird u.a. im Haus- oder Straßenbau, im Umweltschutz sowie bei der Produktion von Eisen und Stahl, der chemischen Industrie, Glas und Kunststoffen, zahlreichen Hygieneartikeln, Papier, Lebensmitteln und Getränken eingesetzt.

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V.

Im Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. (BVK) sind rund 50 Unternehmen mit fast 100 Standorten vertreten. Gemeinsam produzieren sie mit etwa 3.100 Beschäftigten rund 6 Mio. Tonnen Kalk im Jahr und erwirtschaften einen Gesamtumsatz von rund 700 Mio. Euro. (Stand: 2021) Der BVK engagiert sich als Vertretung der Kalkindustrie in Deutschland gegenüber Politik und Behörden und ist registrierter Interessenvertreter (R001630) im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag.

Weitere Informationen: www.kalk.de